

Pressemappe zur landesweiten Demonstration:

Versammlungsgesetz NRW stoppen! Grundrechte erhalten

26.06.2021 Düsseldorf

Inhalt:

1. Pressekontakt & Website
2. Social Media-Accounts
3. Bündnissprecher:innen
4. Sprecher:innen der Demoblöcke
5. Pressemitteilung zur Demonstration am 26.06.
6. Informationen zur Demonstration (Route, Blockaufstellung, Redebeiträge, Hygienekonzept)
7. Informationen zum Bündnis, Aufruf & Unterstützer:innen
8. Weitere Pressemitteilungen des Bündnisses

1. Pressekontakt:

- Mobil: 0157 3666 4599
- E-Mail: presse@nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de

Alle Informationen unter: www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de

2. Social Media-Accounts (mit Live-Updates während der Demo)

- Facebook: <https://www.facebook.com/VersGNRWstoppen/>
- Twitter: <https://twitter.com/VersGNRWstoppen>
- Instagram: <https://www.instagram.com/versammlungsgesetznrwstoppen/>
- Hashtags: #VersGNRWstoppen #NoVersGNRW #Dus2606

3. Bündnissprecher:innen (Telefonnummern auf Anfrage)

- Gizem Koçkaya
- Lola Münch
- Michèle Winkler
- Sam Gruber

4. Sprecher:innen der Demoblöcke (Telefonnummern auf Anfrage)

- Frederik Antary für den Jugendblock
- Vivi Hoffmann für den Klimablock
- Berena Yogarajah & Juri Sonnefeld für den NIKA/IL-Block

5. Pressemitteilung vom 21.06. zur Demonstration am 26.06.2021

+++ Tausende zur Großdemonstration gegen geplante Gesetzesverschärfungen erwartet
+++ Breites Bündnis aus außerparlamentarischem Aktivismus, Politik und vielen engagierten Einzelpersonen will Gesetz in NRW verhindern

+++ Einladung der Presse zur Teilnahme und Berichterstattung am 26.06.2021 in Düsseldorf

Für den kommenden Samstag (26.06.2021) erwartet das Bündnis „Versammlungsgesetz NRW stoppen! Grundrechte erhalten“ tausende Demonstrierende in Düsseldorf, die sich gegen den geplanten Gesetzesentwurf wenden. Konkret wird die Abschaffung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit aus Art. 8 GG und damit die Aushöhlung des Brokdorf-Beschlusses befürchtet. Ein breites Bündnis aus Politik, Gesellschaft, Daten- und Umweltschutz- sowie sozialen Bewegungen, Fußballfanclubs und engagierten Einzelpersonen wird deshalb seine Kritik mit einer Großdemonstration zum Ausdruck bringen.

„Die geplanten Verschärfungen sind abzulehnen: Kein Bedrohungsszenario dieser Welt rechtfertigt derartige Einschnitte in die Versammlungsfreiheit. Denn diese schützt nicht nur die in der Demokratie wichtigen und notwendigen Versammlungen, sondern bietet uns auch Schutz vor der Willkür des Staates.“, so Gizem Koçkaya, Sprecherin des Bündnisses. Für sie steht fest: "Versammlungen stellen ein Stück ursprünglich-ungebändigte unmittelbare Demokratie dar und sind geeignet den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren. Die Einführung eines Versammlungsgesetzes in NRW nach Vorlage der schwarz-gelben Landesregierung dreht die autoritäre Spirale gefährlich weit nach oben.“

„Wir wollen eine lebendige, bunte Demonstration gegen die repressive Gesetzesverschärfung und darauf aufmerksam machen, wie wichtig unsere Versammlungsfreiheit ist. Unsere Aktion wird ein Bild der Vielfalt, Kreativität und Offenheit vermitteln – entschlossen, solidarisch und besonnen. Wir rufen alle freiheitsliebenden Menschen dazu auf, sich der Demonstration am 26.06.2021 anzuschließen und für ihre Rechte einzustehen“, so Lola Münch, Sprecherin des Bündnisses.

Weitere Informationen zur Demonstration am 26.06. finden Sie hier: <https://www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de/grossdemonstration-in-duesseldorf-26-06/>

6. Ablauf der Demonstration

a. Route

- Rheinwiese (Auftraktkundgebung)
- Kaiser-Wilhelm-Ring
- Oberkasseler Brücke
- Hofgartenrampe
- Fritz-Roeber-Straße
- Heinrich-Heine-Allee (Zwischenkundgebung)
- Breite Straße
- Graf-Adolf-Platz
- Haroldstraße
- Johannes-Rau-Platz
- Landtagswiese (Abschlusskundgebung)

b. Blockaufstellung

Die Demonstration stellt sich wie folgt auf:

- Erste Reihe
- Anwält:innenblock
- Lautsprecherwagen
- Kampagne Nationalismus ist keine Alternative / Interventionistische Linke
- Klimagerechtigkeitsblock
- Jugendblock
- Lautsprecherwagen
- Fußballfans Düsseldorf
- Antikapitalistischer / internationalistischer Block
- Antifablock
- Linkspartei
- Fußballfans Köln
- Lautsprecherwagen
- Bunter Block mit allen weiteren Teilnehmer:innen

c. Redebeiträge

Auftaktkundgebung

- Allgemeine rechtliche Einordnung des NRW VersG NRW (RAin Anna Busl, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein)
- Perspektive der Gewerkschaften (Gabi Schmidt, Gewerkschaft ver.di)
- Rassismus und deutsche Behörden (Malek Ahmad, Vater des in der JVA Kleve verbrannten Amed Ahmad)
- Demokratieabbau im Allgemeinen (SDAJ)
- Kurdische Gruppen und Erfahrungen mit Versammlungsgesetzen (Azadi)
- Klimagerechtigkeit (Ende Gelände)

Zwischenkundgebung

- Videoüberwachung (Piratenpartei NRW)
- Black Lives Matter und Erfahrungen mit Versammlungsgesetzen (Riseup for Justice Düsseldorf)
- Perspektive der Fußballfans (Dissidenti Ultras Düsseldorf)

Abschlusskundgebung

- Perspektive von Antifagruppen (Antifaschistische Linke Münster)
- Rassismus // Chatgruppen in der Polizei (Young Struggle)
- Jugendorganisationen (gemeinsame Rede von Falken/DIDF Jugend/GJ/ Jusos)

d. Hygienekonzept

Es muss bereits vor dem Betreten des Versammlungsortes und während der gesamten Versammlung eine medizinische Maske (OP, FFP2 oder besser) getragen werden. Der Sicherheitsabstand von 1,5 Metern muss in der Sammlungsphase, während den Kundgebungen und in den Demozügen eingehalten werden. Um während der Demozüge die Abstände einfacher einhalten zu können, werden Reihen gebildet. Wir empfehlen, innerhalb von 24 Stunden vor der Demo einen kostenlosen Schnelltest zu machen.

7. Informationen zum Bündnis, Aufruf & Unterstützer:innen

a. Bündnismitglieder

Das Bündnis "Versammlungsgesetz NRW stoppen - Grundrechte erhalten" besteht zurzeit aus 75 Gruppen. Der Aufruf des Bündnisses wird zudem von zahlreichen weiteren Gruppen unterstützt und hat bereits über 160 Unterzeichner:innen.

Folgende Gruppen sind Teil des Bündnisses:

- AGIF (Föderation der ArbeitsimmigrantInnen in Deutschland)
- Allgemeines Syndikat Duisburg / Ruhrgebiet der Freien Arbeiter*innen Union (FAU)
- Antifa AK Köln (...umsGanze!)
- Antifa Essen West
- Antifaschistische Linke Münster
- AntiRRR (Antirepressionsgruppe Rheinisches Revier)
- Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen
- Arbeitskreis Versammlungsgesetz stoppen! Aachen
- ATIK (Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa)
- attac Bielefeld
- attac Bochum / Occupy Bochum
- attac Düsseldorf
- Aufbäumen
- Aufstehen gegen Rassismus – Aktivengruppe Essen
- ausgeCO2hlt
- Autonome Antifa 170
- AZADÎ
- Bonner Bündnis gegen Rechts (BBGR)
- Bündnis BlockaDO
- Bündnis gegen Rechts Paderborn
- Bündnis Krefeld für Toleranz und Demokratie
- BUNDjugend NRW
- Deutsch kurdischer Freundschaftsverein Wuppertal e.V.
- DFG-VK Münster
- DFG-VK NRW
- DIE LINKE NRW
- Die Linke.SDS NRW
- DKP in NRW
- Duisburg stellt sich quer
- Erwerbslosenforum Deutschland
- Essen stellt sich quer
- FIDEF
- Friedenskooperative Münster
- Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF)
- Frauenkollektiv Köln
- Fridays For Future Dortmund
- GRÜNE JUGEND NRW
- I Furiosi (Düsseldorf)
- Internationale Jugend
- Interventionistische Linke Düsseldorf [see red!]

- Interventionistische Linke Köln
- Jugendverband der Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF-Jugend)
- Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
- Kurdischer Frauenverein VIYAN e.V. Wuppertal
- Landeschüler*innenvertretung NRW
- Linksjugend ['solid] NRW
- Migrantifa Duisburg
- Nationalismus ist keine Alternative NRW
- Naturfreundejugend NRW
- Netzwerk Rechtskritik
- No Border Rheinland
- NRW Jusos
- Oberberg steht auf
- Osterholz bleibt!
- Piratenpartei Düsseldorf
- Piratenpartei NRW
- Piratenpartei Herne
- Piratenpartei Wuppertal
- Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV)
- Revolutionärer Jugendbund
- Rote Hilfe e.V.
- Rote Hilfe e.V., Ortsgruppe Bielefeld
- Ruhrjugend
- SDAJ
- Seebrücke Oberhausen
- SJD – Die Falken, Landesverband NRW
- SKB – Bund Sozialistischer Frauen
- Solidaritätsnetzwerk Köln
- Sozialbündnis Krefeld
- Studierendenkollektiv Wuppertal
- SYM (Socialist Youth Movement)
- Tacheles e.V. / Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein
- Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e. V. (VDJ e. V.)
- Versammlungsgesetz NRW stoppen Bielefeld
- VVN-BdA Landesvereinigung NRW e.V.
- YDG (Neue Demokratische Jugend)
- Young Struggle
- Zora Köln

b. Bündnisaufruf

DEN ANGRIFF AUF DIE VERSAMMLUNGSFREIHEIT ABWEHREN!

Während der pandemiebedingten Einschränkungen plant die schwarz-gelbe Landesregierung einen erheblichen Angriff auf unsere Versammlungsfreiheit. Bereits 2018 hat sie ihre „Sicherheitsagenda“ mit dem rigide in Grundrechte eingreifenden Polizeigesetz verabschiedet. Mit einem Landesversammlungsgesetz für Nordrhein-Westfalen will sie die bisher geltenden Regelungen des Bundesversammlungsgesetzes ersetzen und dabei massiv in unsere Freiheiten

eingreifen. Der Entwurf der Landesregierung ist durch und durch autoritär gestrickt: Anstatt polizeiliche Eingriffe strikter Kontrolle zu unterstellen, um damit (rassistische) Polizeigewalt, Einschüchterung und Überwachung zu unterbinden, verkehrt er die zentrale Bedeutung der Versammlungsfreiheit für eine demokratische Gesellschaft ins Gegenteil und muss daher unbedingt gestoppt werden!

Die Versammlungsfreiheit zählt in der parlamentarischen Demokratie zu den zentralen Grundrechten, weil sie es Bürger:innen ermöglicht, ihre Anliegen auf die Straße zu tragen und Missstände anzuprangern. Demokratie braucht lebendige Versammlungen – die Landesregierung plant mit ihrem Gesetzesentwurf einen Angriff auf die Zivilgesellschaft.

So sollen voraussetzungslos Übersichtsaufnahmen (beispielsweise per Drohne oder Hubschrauber) zulässig sein und unter bestimmten Voraussetzungen auch verdeckte Ton- und Videoaufnahmen. Zudem sollen Anmelder:innen von Versammlungen zukünftig umfangreiche Angaben machen, werden zur Kooperation mit der Polizei gedrängt und müssen unter Umständen sogar die persönlichen Daten der Ordner:innen an die Polizei übermitteln. Durch die Aushöhlung der Polizeifestigkeit der Versammlung und die Befugnis zur voraussetzungslosen Errichtung von Kontrollstellen kann zukünftig der Zugang zu Versammlungen durch die Polizei erheblich erschwert oder gar unterbunden werden. Allein die Vermutung, dass Personen eine Versammlung stören wollen, könnte ausreichen, dass die Polizei sie und ihre Sachen durchsucht, ihre Identität feststellt und ihnen untersagt, an der Demonstration oder Gegenkundgebung teilzunehmen. Auch antifaschistische Gegenproteste werden durch ein erweitertes Störungsverbot erschwert. Einheitliche Kleidung, wie sie u.a. in der Klimagerechtigkeitsbewegung als Teil des Meinungsausdrucks getragen wird, kann mit dem sog. Militanzverbot kriminalisiert werden. Progressive Ideen, wie z.B. eine Abschaffung des strafbewehrten Vermummungsverbot oder eine unabhängige Beobachtung der Polizeieinsätze finden sich nicht im Entwurf. Auch zentrale Prinzipien der Verfassungsrechtsprechung wurden nicht aufgenommen: etwa ein Deeskalationsgebot, die Ermöglichung von Gegenprotesten in Hör- und Sichtweite und die Pflicht für Zivilpolizist:innen, sich zu erkennen zu geben. Der ganze Gesetzestext atmet Misstrauen gegen Bürger:innen, die ihre Versammlungsfreiheit wahrnehmen.

Was Versammlungsfreiheit praktisch bedeutet, haben 100.000 Demonstrant:innen 1981 bei den Protesten gegen das AKW Brokdorf erkämpft und vor dem Bundesverfassungsgericht anschließend durchgesetzt. Das Verfassungsgericht bezeichnete in seinem wegweisenden Brokdorf-Beschluss Versammlungen als „ein Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren“. 40 Jahre später legt die Landesregierung die Axt an diese Grundsätze und verstärkt damit den gesellschaftlichen Rechtsruck. Damit ist der Entwurf ein Angriff auf die Demokratie – also auf uns alle! Dem stellen wir uns trotz aller Unterschiede in unseren Ansichten, Strategien und Aktionsformen gemeinsam entgegen!

Eine Auflistung der über 160 Unterstützer:innen des Aufrufs finden sich hier: <https://www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de/aufruf/unterstuetzerinnen/>

8. Weitere Pressemitteilungen des Bündnisses

Weitere Informationen zu den bisherigen Pressemitteilungen des Bündnisses finden Sie hier: <https://www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de/presse/>